

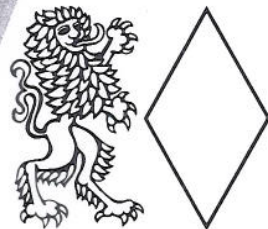
Konsequent für Deutschland

DAS WAHLPROGRAMM

VON CDU und CSU

FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 1987

CSU



G L I E D E R U N G

Wahlprogramm

	Seite
P r ä a m b e l	1 - 5
<u>Wir sichern Frieden und Freiheit</u>	
1. Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt	6 - 8
2. Wir vertreten die Interessen aller Deutschen	9 - 11
3. Wir wollen gute Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas	11 - 12
4. Wir wollen Abrüstung in Ost und West	12 - 13
5. Wir stärken die Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Freiheit	13 - 15
6. Wir werden die politische Einigung Europas vorantreiben	15 - 20
7. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut und Hunger und sind faire Partner der Dritten Welt	20 - 22
8. Wir sichern den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, erhalten die innere Sicherheit und gewährleisten den inneren Frieden	22 - 24
9. Wir verhindern den Mißbrauch des Asylrechts und fördern die Integration von Ausländern	25 - 26
<u>Wir gestalten einen modernen, leistungsfähigen und humanen Industriestaat</u>	
10. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sichern wir den Wirtschaftsaufschwung	26 - 28
11. Wir schaffen neue Arbeitsplätze und gestalten das Arbeitsleben flexibel, familienfreundlich und beschäftigungswirksam	28 - 30

12. Wir verringern die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem	30 - 32
13. Wir stellen den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen	32 - 35
14. Wir stärken den selbständigen Mittelstand	35 - 36
15. Wir werden die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern	36 - 40
16. Wir wollen soziale Partnerschaft und lehnen Klassenkampf ab	40 - 41
17. Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen	42 - 48
<u>Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft</u>	48 - 50
18. Wir schützen Natur und Umwelt und erhalten unser Land als lebenswerte Heimat	50 - 53
19. Wir sorgen für sichere, umweltschonende und preiswerte Energie	53 - 56
20. Wir fördern Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter	56 - 57
21. Wir stärken die Selbstverantwortung und alle Initiativen zur Hilfe für den Nächsten	58 - 59
22. Wir schaffen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft	59 - 61
23. Wir eröffnen den Frauen neue Wege in Familie und Beruf	61 - 62
24. Wir geben der Jugend Perspektiven für die Zukunft	63 - 64
W a h l a u f r u f	65 - 66

Präambel

Das freiheitliche Deutschland steht vor der Wahl. In der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 geht es darum, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Kraft und Fähigkeit behält, die Zukunft zu meistern. Es geht um eine Schicksalswahl. Es geht darum, daß die von CDU und CSU getroffenen Grundentscheidungen für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Soziale Marktwirtschaft unangetastet bleiben. Die Wähler treffen die Entscheidung darüber,

- ob CDU und CSU ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere und gute Zukunft führen können,
- oder ob unserem Land durch eine Koalition von Sozialisten und Grünen Rückschritt und Niedergang drohen.

Wahltag sind Tage der Bilanz. Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl sind überzeugend und kommen allen Bürgern zugute. Sie ergeben sich aus dem Zusammenklang der Leistung eines tüchtigen und fleißigen Volkes und einer guten Politik. Es geht aufwärts mit unserem Land.

Das Jahr 2000 ist in Sicht. Wir haben die Voraussetzungen für eine solide und erfolgreiche Entwicklung auch in der Zukunft geschaffen. Trotz der liberal-sozialistischen Hinterlassenschaft haben wir viel erreicht. Aber wir stehen in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über die nächste Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordern werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß erstklassig bleiben. Sie muß auch in der Zukunft ein modernes, leistungsfähiges und soziales Industrieland bleiben, das wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellt. Wir wollen keine sozialistische Zwangsgesellschaft, die den einzelnen Bür-

ger gängelt, sondern eine menschliche Gesellschaft, die jedem Bürger Freiheit, Vielfalt der Chancen und Geborgenheit sichert.

Neben einer schweren politischen und wirtschaftlichen Erblast hatte die SPD geistige und moralische Verwirrung hinterlassen. Die SPD hatte den Wert der Geschichte und die Frage nach den Lebenszielen verdrängt, den demokratischen Grundkonsens gefährdet, den Sozialneid geschürt, die Verteidigungsbereitschaft und den Leistungswillen geschwächt, große Versprechungen gemacht und nicht gehalten.

CDU und CSU haben dem deutschen Volk gesagt, welche Werte wir haben, welche Werte wir verteidigen, wer diese Werte bedroht und wer unsere Freunde sind. Das Bewußtsein um die Einheit der Nation wurde gefestigt, die Lage der Familien als der wichtigsten Gemeinschaft in unserer Gesellschaft verbessert, das Leben des ungeborenen Kindes besser geschützt, die Bereitschaft zum sozialen Dienst gestärkt.

Die Politik von CDU und CSU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Es ist ethische Grundlage und Maßstab zugleich. Aus diesem Menschenbild schöpft die Union die Kraft für die Bewältigung der Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die den Materialismus marxistischer wie kapitalistischer Prägung überwindet.

Die Deutschen spüren, daß wir auf einem guten Weg sind. Das beweist ihr Vertrauen in die Zukunft: Aus Angst ist Hoffnung geworden, aus Pessimismus Optimismus. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft. Die lähmenden Selbstzweifel sind überwunden. Eine neue Aufbruchsstimmung in Wirtschaft und Wissenschaft hat sich durchgesetzt.

Die SPD ist keine Alternative. Die SPD ist nicht handlungs- und regierungsfähig, sie ist nicht vertrauenswürdig. In ihr streiten Sozialdemokraten, Marxisten und Rot-Grüne um den Kurs der

Partei. Die SPD will die Koalition mit den Grünen, um an die Macht zu gelangen. Das wäre der Niedergang Deutschlands.

Die CDU mit Helmut Kohl und die CSU mit Franz Josef Strauß haben die Bundesrepublik Deutschland aus einer schweren innen- und außenpolitischen Krise, die SPD/FDP-Bundesregierungen zu verantworten hatten, herausgeführt und einen neuen Anfang gemacht.

SPD und FDP hatten in der Außen- und Sicherheitspolitik Mißtrauen bei unseren Partnern gesät, das Bündnis gefährdet und neutralistische Strömungen gefördert.

CDU und CSU haben für Vertrauen, Klarheit und Entschlossenheit bei der Sicherung von Frieden und Freiheit gesorgt, die Atlantische Allianz gefestigt und unsere Zugehörigkeit zur westlichen Verteidigungs- und Wertegemeinschaft bekräftigt.

Wir werden auch künftig ein verlässlicher Partner des Westens sein, den Dialog mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn fortführen und die Bemühungen um Abrüstung in Ost und West unterstützen.

SPD und FDP hatten deutschlandpolitischen Stillstand herbeigeführt. CDU und CSU haben mit ihrer Deutschlandpolitik mehr Menschen in Deutschland mehr Menschlichkeit gebracht und deutsche Rechtspositionen gewahrt.

Wir werden auch künftig am Ziel der deutschen Einheit festhalten und weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland anstreben.

SPD und FDP hatten eine Wirtschaft in der Krise, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsraten und drohenden Staatsbankrott hinterlassen.

CDU und CSU haben dafür gesorgt, daß die Wirtschaft wieder wächst, die Preise stabil und die Zinsen niedrig sind und der Staat wieder solide wirtschaftet.

Wir werden den Wirtschaftsaufschwung sichern, neue Arbeitsplätze schaffen, das Arbeitsleben familienfreundlich und beschäftigungswirksam gestalten und die Chancen moderner

Technologien nutzen.

SPD und FDP hatten uns zerrüttete Rentenfinanzen und eine Sozialpolitik auf Pump hinterlassen.

CDU und CSU haben die Renten gesichert, die Sozialpolitik mit der wirtschaftlichen Leistungskraft in Einklang gebracht und damit das soziale Netz auf Dauer sicher gemacht.

Wir werden die soziale Sicherheit festigen und ausbauen, den besonders Bedürftigen gezielt helfen und Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter fördern.

SPD und FDP hatten Steuern und Abgaben erhöht und damit die Leistung der Bürger bestraft.

CDU und CSU haben die Steuern gesenkt. Wir werden die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem weiter verringern.

SPD und FDP hatten Familien und Frauen benachteiligt.

CDU und CSU haben die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen und den Frauen neue Chancen gegeben.

Wir werden unsere Politik für die Familien fortsetzen und den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen.

SPD und FDP hatten in der Umweltpolitik versagt.

CDU und CSU haben dafür gesorgt, daß Luft und Wasser wieder sauberer werden; die Bundesrepublik Deutschland ist in Europa Vorreiter in der Umweltpolitik.

Wir werden auch in Zukunft unserer Verpflichtung zum Schutz von Natur und Schöpfung gerecht werden.

SPD und FDP hatten die Agrarpolitik in die Krise und die deutschen Bauern in die Ausweglosigkeit geführt.

CDU und CSU haben in dieser schwierigen Übergangssituation den Bauern durch gezielte Maßnahmen wirksam geholfen.

Wir werden durch unsere Landwirtschaftspolitik die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern.

SPD und FDP haben zur Schwächung des Rechtsbewußtseins beigetragen und in Fragen der inneren Sicherheit versagt.

CDU und CSU haben den freiheitlichen Rechtsstaat gesichert. Wir werden die innere Sicherheit erhalten, alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen und den inneren Frieden gewährleisten.

CDU und CSU sind die einzigen wirklichen und großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland. Frauen und Männer, junge und alte Menschen, Arbeiter und Angestellte, Bauern und Beamte, Unternehmer, Handwerker und freie Berufe - alle haben bei uns ihre selbstverständliche und sichere politische Heimat.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß. Nicht die Verursacher der Krise, sondern diejenigen, die unser Land aus der Krise geführt haben, können auch die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Vertrauen in die Zukunft gründet auf Leistung in der Gegenwart. Deshalb treten wir mit Zuversicht vor die Wählerinnen und Wähler. Wir bitten sie, uns auch am 25. Januar 1987 ihr Vertrauen zu schenken und uns die Verantwortung für die deutsche Politik wieder zu übertragen.

Wir sichern Frieden und Freiheit

1. Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik haben CDU und CSU einen neuen Anfang gemacht: Das Bündnis wurde, in der Kontinuität der Außenpolitik Konrad Adenauers, wieder gefestigt, die europäische Zusammenarbeit verbessert, die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit verstärkt und dadurch die Politik des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West sowie der beiderseitigen Abrüstung auf eine politisch und moralisch verlässliche Grundlage gestellt. Fehlentwicklungen der liberal-sozialistischen Außenpolitik wurden damit in diesen Bereichen korrigiert.

Die Außen- und Sicherheitspolitik von CDU und CSU dient dem Ziel, die Freiheit zu bewahren und den Frieden in Europa und in der Welt zu festigen. Für uns ist aktive Friedenspolitik politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht. Als geteiltes Land an der Schnittlinie von West und Ost braucht die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere Länder Freunde und Bündnispartner, die wir in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft gefunden haben. Wir gehören zur Wertegemeinschaft der westlichen Welt. Mit ihr verbindet uns eine echte Sicherheitspartnerschaft.

Dieser klare Standort, der seit Konrad-Adenauer die außenpolitische Grundposition von CDU und CSU markiert, verbietet der deutschen Politik eine Rolle, die sich als Makler und Vermittler zwischen den beiden Großmächten versuchen wollte. Wir stehen nicht zwischen den weltpolitischen Lagern, wir stehen im Lager der Freiheit.

Fundament unserer Sicherheit sind die Nordatlantische Allianz und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die westliche Verteidigungsgemeinschaft hat in schwierigen Zeiten bewiesen, daß sie handlungsfähig ist und gegen äußeren und inneren Druck und trotz sowjetischer Drohungen ihren Auftrag zur Sicherung der Freiheit und des

Friedens erfüllen kann.

Unser Ziel bleibt eine dauerhafte Friedensordnung, die sich auf Freiheit und Menschenrechte gründet. Nur eine solche Friedensordnung kann die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung Schritt für Schritt überflüssig machen. Aber solange die Sowjetunion dort, wo sie ihre Macht gefahrlos einsetzen kann, Menschenrechte verletzt und Völker unterdrückt, bildet sie eine wesentliche Ursache für die Gefährdung der Freiheit und des Friedens. Deswegen haben wir das moralische Recht und die politische Pflicht, uns gegen diese Bedrohung zu verteidigen.

Das Bündnis mit den USA ist die Grundlage unserer Sicherheit

Ohne das atlantische Bündnis wären wir der kommunistischen Weltmacht Sowjetunion ausgeliefert.

Deshalb sind die neutralistischen Tendenzen innerhalb der SPD und die bündnisfeindlichen Beschlüsse ihres grünen Wunschpartners eine Gefahr für unser Land und für die westliche Welt. Ohne die Bereitschaft der Amerikaner, für uns einzutreten, gäbe es keine freiheitliche und demokratische Bundesrepublik Deutschland und nicht das freie Berlin.

Umgekehrt gilt: Ohne das Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zur freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie und ohne ihren Beitrag zum Bündnis mit den USA würde auch der westliche Teil Europas in die Einflußzone der Sowjetunion geraten. Daraus folgt: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland sind aufeinander angewiesen. Deshalb muß die politische und strategische Einheit des Bündnisses auch künftig erhalten bleiben.

CDU und CSU haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder gefestigt. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß genießen Vertrauen in den USA und haben die Respektierung der deutschen Interessen sichergestellt. Heute betrachten die USA uns Deutsche wieder als selbstbewußte Partner, auf die Verlaß ist und auf deren Rat gehört wird.

Funktionierende und tragfähige deutsch-amerikanische Beziehungen erfordern auch, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vereinigten Staaten in ihren Bemühungen unterstützt, weltweit der expansiven Politik der Sowjetunion entgegenzutreten.

Wir wollen das europäische Gewicht im Bündnis stärken

Das Bündnis muß auf zwei Säulen ruhen: Amerika und Europa. Dies ist heute noch nicht der Fall, weil Europa wegen seiner fehlenden politischen Einigung militärisch und politisch noch zu schwach ist. Dem großen wirtschaftlichen Gewicht muß in Zukunft eine größere Verantwortung der Länder der Europäischen Gemeinschaft auch in der Sicherheitspolitik entsprechen. Europa muß ein gleichberechtigter Partner Amerikas sein.

Das Konzept der SPD von der "Europäisierung der Sicherheitspolitik" ist verhängnisvoll und gefährlich, weil es zu einer Abkoppelung von den USA führt. Jeder Versuch in diese Richtung wird in die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion führen. Die hingegen von uns gewollte Stärkung des europäischen Beitrages zur Sicherheit festigt die Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern innerhalb des Bündnisses.

2. Wir vertreten die Interessen aller Deutschen

Die deutsche Frage ist offen. Sie ist mit der Erhaltung und der Gestaltung des Friedens in Europa eng verknüpft. Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage.

Unsere Deutschlandpolitik wird der nationalen und europäischen Verantwortung gerecht, die sich aus der offenen deutschen Frage ergibt. Unsere ganz besondere Solidarität gilt weiterhin jenen Deutschen, die noch 40 Jahre nach Kriegsende in Unfreiheit leben müssen. Wir wollen die menschenverachtende, vom sowjetischen Imperialismus verursachte Teilung überwinden und auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir halten fest an der Präambel des Grundgesetzes, an dem Fortbestand des Deutschen Reiches nach geltendem Völker- und Verfassungsrecht und an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die SPD hat diese Positionen verlassen.

Die deutschen Grenzen können endgültig erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden. Die Vier Mächte tragen weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland. Die Ostverträge sind keine Grenzanerkennungsverträge, sie haben nichts an der völkerrechtlichen Lage Deutschlands geändert. Eine spätere, gesamtdeutsche, demokratisch gewählte Regierung ist dadurch nicht gehindert, die deutschen Interessen zu vertreten.

Wir werden den erfolgreichen Weg der letzten vier Jahre fortsetzen und über das bisher Erreichte hinaus weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland anstreben. Dazu gehört vor allem, daß sich mehr Menschen als bisher begegnen können.

Wir wollen insbesondere:

- die Möglichkeit der Begegnung für die Menschen weiter verbessern;

- den Jugendaustausch ausweiten;
- Kontakte auf kommunaler Ebene herstellen;
- durch Zusammenarbeit beim Umweltschutz gute Nachbarschaft praktizieren;
- den innerdeutschen Handel ausbauen;
- das Kulturabkommen durch vielfältigen Austausch mit Leben erfüllen;
- die wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern;
- weitere Verbesserungen für Berlin erreichen.

Wir werden darauf hinwirken, daß auch solche Mitbürger aus der DDR zu uns reisen können, die noch nicht im Rentenalter stehen.

Aus ihrer nationalen Verantwortung heraus sind die Unionsparteien jenen Deutschen, die durch Vertreibung, Flucht oder Aussiedlung ihre Heimat verlassen mußten und sich um den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland in vorbildlicher Weise verdient gemacht haben, besonders verpflichtet. Dies gilt auch für die Deutschen, die heute noch in den kommunistisch beherrschten Ländern Mittel- und Osteuropas leben.

Die besondere Förderung der Zonenrand- und Grenzgebiete bleibt eine deutschland- und europapolitische Aufgabe, solange die Teilung Deutschlands und Europas nicht überwunden ist.

Wir wollen das Bewußtsein von der Einheit der Nation aufrechterhalten. Auch in der Zukunft darf sich unser Volk nicht auseinanderleben. Nach unserer Überzeugung bleibt es im Rahmen einer nationalen Standortbestimmung eine große Aufgabe, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. CDU und CSU appellieren an alle Bundesländer, dem Geschichtsunterricht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Nur wer die Geschichte kennt, kann aus der Geschichte Lehren ziehen.

Auch das in Berlin geplante "Deutsche Historische Museum" und das in Bonn vorgesehene "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" dienen diesem Ziel.

Berlin als Ganzes bleibt Ausdruck des Willens der Deutschen zur Einheit der Nation. Berlin ist ein Symbol für die Verteidigung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie. Die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik Deutschland werden wir aufrechterhalten und intensiv fortentwickeln. Deshalb werden wir auch weiterhin die Lebenskraft der Stadt stärken und ihre Anziehungskraft fördern.

3. Wir wollen gute Nachbarschaft mit den Völkern Mittel- und Osteuropas

Wir wollen friedliche Nachbarschaft. Deshalb befürworten wir konstruktive und stabile Beziehungen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa, vor allem auch mit der Sowjetunion. Verständigungsbereitschaft und Verteidigungsbereitschaft gehören hierbei für uns zusammen.

Wir werden die Politik der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit den Staaten des Warschauer Paktes fortsetzen. Entspannung und Dialog dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zwischen West und Ost Grenzen der Zusammenarbeit gibt, die in der Unvereinbarkeit der Systeme, im politischen Gegensatz von Demokratie und Diktatur begründet sind.

Ziel unserer Politik des Dialoges bleibt es, die Folgen des Ost-West-Gegensatzes für die Menschen zu mildern. Wir sind bereit, den Dialog auf allen Ebenen und über alle Fragen von gemeinsamem Interesse fortzuführen.

Menschenrechte sind unteilbar

CDU und CSU treten für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts in aller Welt ein. Ohne die

Achtung der Menschenrechte gibt es keinen wirklichen Frieden. Das Eintreten für die Menschenrechte bedeutet keine Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder, denn die Gültigkeit der Menschenrechte endet nicht an Ländergrenzen.

Auch im Ost-West-Dialog treten wir für die Menschenrechte ein. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Deutschen im kommunistisch beherrschten Teil Europas. Gutnachbarliche Beziehungen können auf Dauer nicht gedeihen, wenn eine Seite den Menschen in ihrem Machtbereich elementare Rechte verweigert.

4. Wir wollen Abrüstung in Ost und West

Waffen sind nicht die Ursache für politische Spannungen, sondern ihre Folge. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind am ehesten dann erreichbar, wenn sie in eine Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen eingebettet sind, die das gegenseitige Vertrauen fördert. Unser Ziel bleibt es, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Wir unterstützen alle Anstrengungen des amerikanischen Präsidenten, mit der Sowjetunion Abkommen auszuhandeln, die ein Wettrüsten verhindern, Kernwaffen drastisch verringern und die strategische Stabilität stärken.

Wir haben eigene Vorschläge für ein weltweites, umfassendes und verlässlich überprüfbares Verbot aller chemischer Waffen und für beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen zum Abbau der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa vorgelegt. Wir haben unseren aktiven Beitrag dazu geleistet, daß die Stockholmer Verhandlungen im Rahmen der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen sind.

Wir unterstützen die Verhandlungen der beiden Weltmächte über die Begrenzung und Einstellung von Nukleartests und deren

Kontrolle und Überprüfung.

Wir sind für neue Wege in der Rüstungsbegrenzung

Forschungen im Bereich der Raketenabwehr sind nicht nur ethisch-moralisch erlaubt, sondern auch politisch geboten. Deshalb unterstützen wir das amerikanische Forschungsprojekt zur Abwehr von Atomraketen (SDI). Die Sowjetunion ist seit langem auf diesem Felde tätig. Das SDI-Projekt könnte es möglich machen, die derzeitige Drohung mit wechselseitiger Vernichtung durch ein defensives, nicht-atomares und nicht gegen Menschen gerichtetes Abwehrsysteem zu überwinden. Wer die atomare Abschreckung ablehnt, darf nicht zugleich die Suche nach einer Alternative bekämpfen. Wer beides ablehnt, die atomare Abschreckung ebenso wie ein Raketenabwehrsysteem, wird nicht nur moralisch unglaubwürdig, sondern macht uns wehrlos und hilft der Sowjetunion auf dem Wege zur Weltherrschaft. Europa kann und muß in den Schutz solcher Abwehrsysteeme einbezogen werden.

Die Nutzung neuartiger Verteidigungstechnologien soll uns von nuklearen Waffen unabhängiger machen, uns größere Sicherheit vor nuklearen Angriffswaffen geben und somit den Weg für Rüstungskontrollmaßnahmen ebnen, die zur Verringerung von Nuklearwaffen führen. Durch Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion könnten nukleare Waffen-Systeme auf beiden Seiten drastisch verringert und gleichzeitig strategische Verteidigungssysteme errichtet werden. Der Abbau nuklearer Waffensysteme muß Systeme aller Reichweiten umfassen.

CDU und CSU halten an der Strategie der flexiblen Antwort für das Bündnis fest, solange es zu diesem Konzept der Kriegsverhinderung keine wirksame Alternative gibt.

5. Wir stärken die Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Freiheit

Wir leben seit über vierzig Jahren in Frieden. Dies wäre

Achtung der Menschenrechte gibt es keinen wirklichen Frieden. Das Eintreten für die Menschenrechte bedeutet keine Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder, denn die Gültigkeit der Menschenrechte endet nicht an Ländergrenzen.

Auch im Ost-West-Dialog treten wir für die Menschenrechte ein. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Deutschen im kommunistisch beherrschten Teil Europas. Gutnachbarliche Beziehungen können auf Dauer nicht gedeihen, wenn eine Seite den Menschen in ihrem Machtbereich elementare Rechte verweigert.

4. Wir wollen Abrüstung in Ost und West

Waffen sind nicht die Ursache für politische Spannungen, sondern ihre Folge. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind am ehesten dann erreichbar, wenn sie in eine Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen eingebettet sind, die das gegenseitige Vertrauen fördert. Unser Ziel bleibt es, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Wir unterstützen alle Anstrengungen des amerikanischen Präsidenten, mit der Sowjetunion Abkommen auszuhandeln, die ein Wettrüsten verhindern, Kernwaffen drastisch verringern und die strategische Stabilität stärken.

Wir haben eigene Vorschläge für ein weltweites, umfassendes und verlässlich überprüfbares Verbot aller chemischer Waffen und für beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen zum Abbau der konventionellen Rüstung in Mitteleuropa vorgelegt. Wir haben unseren aktiven Beitrag dazu geleistet, daß die Stockholmer Verhandlungen im Rahmen der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen sind.

Wir unterstützen die Verhandlungen der beiden Weltmächte über die Begrenzung und Einstellung von Nukleartests und deren

Kontrolle und Überprüfung.

Wir sind für neue Wege in der Rüstungsbegrenzung

Forschungen im Bereich der Raketenabwehr sind nicht nur ethisch-moralisch erlaubt, sondern auch politisch geboten. Deshalb unterstützen wir das amerikanische Forschungsprojekt zur Abwehr von Atomraketen (SDI). Die Sowjetunion ist seit langem auf diesem Felde tätig. Das SDI-Projekt könnte es möglich machen, die derzeitige Drohung mit wechselseitiger Vernichtung durch ein defensives, nicht-atomares und nicht gegen Menschen gerichtetes Abwehrsystem zu überwinden. Wer die atomare Abschreckung ablehnt, darf nicht zugleich die Suche nach einer Alternative bekämpfen. Wer beides ablehnt, die atomare Abschreckung ebenso wie ein Raketenabwehrsystem, wird nicht nur moralisch unglaubwürdig, sondern macht uns wehrlos und hilft der Sowjetunion auf dem Wege zur Weltherrschaft. Europa kann und muß in den Schutz solcher Abwehrsysteme einbezogen werden.

Die Nutzung neuartiger Verteidigungstechnologien soll uns von nuklearen Waffen unabhängiger machen, uns größere Sicherheit vor nuklearen Angriffswaffen geben und somit den Weg für Rüstungskontrollmaßnahmen ebnen, die zur Verringerung von Nuklearwaffen führen. Durch Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion könnten nukleare Waffen-Systeme auf beiden Seiten drastisch verringert und gleichzeitig strategische Verteidigungssysteme errichtet werden. Der Abbau nuklearer Waffensysteme muß Systeme aller Reichweiten umfassen.

CDU und CSU halten an der Strategie der flexiblen Antwort für das Bündnis fest, solange es zu diesem Konzept der Kriegsverhinderung keine wirksame Alternative gibt.

5. Wir stärken die Bundeswehr zur Sicherung von Frieden und Freiheit

Wir leben seit über vierzig Jahren in Frieden. Dies wäre

ohne die Bundeswehr nicht möglich gewesen. Als Partner in der Allianz wird sie auch in Zukunft den Frieden sichern.

Die Unionsparteien werden der Bundeswehr auch weiterhin die notwendige Unterstützung und die notwendigen Mittel geben, damit sie ihren Auftrag der Friedenssicherung erfüllen kann. Deshalb haben wir auch den Wehrdienst auf 18 Monate verlängert.

Wir wollen:

- die konventionelle Verteidigung stärken,
- die Wehrgerechtigkeit weiter erhöhen,
- die Attraktivität der soldatischen Laufbahn und die soziale Sicherung des Soldaten weiter verbessern,
- die hohe Dienstzeitbelastung abbauen und notwendige Spitzenbelastungen ausgleichen.

Wir verwirklichen Wehrgerechtigkeit

Die Lasten für die Landesverteidigung müssen gerecht verteilt werden. Wichtige Entscheidungen wurden getroffen und neue Weichen gestellt, um die Einberufung zum Wehrdienst der Lebenssituation junger Wehrpflichtiger anzupassen. Es werden:

- arbeitslose Wehrpflichtige vorrangig und Abiturienten so zeitgerecht einberufen, daß sie keine Schwierigkeiten mit dem Studienbeginn haben;
- Wehrsold und Entlassungsgeld schrittweise und spürbar weiter erhöht;
- Zeit- und Berufssoldaten mit Beratung und Unterstützung des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr der Übergang ins Zivilleben erleichtert;
- Bildungsmaßnahmen finanziert, um ausscheidenden Soldaten den Weg in eine neue berufliche Zukunft zu ebnen.

Wir stehen zum Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewis-

sensgründen. Die Unionsparteien haben die frühere Gewissensprüfung vor den Prüfungsausschüssen abgeschafft, ein beschleunigtes schriftliches Antragsverfahren eingeführt und dafür gesorgt, daß alle Zivildienstleistenden auch einberufen werden können.

6. Wir werden die politische Einigung Europas vorantreiben

CDU und CSU sehen es als ihre historische Aufgabe an, auf dem Weg der Einigung Europas energisch voranzugehen. In der Europäischen Gemeinschaft haben wir ein Modell für eine dauerhafte europäische Friedensordnung in Freiheit geschaffen. Ihr weiterer Ausbau zur politischen Union bleibt unser Ziel. Die deutsch-französische Freundschaft ist eine wichtige Voraussetzung für den europäischen Einigungsprozeß.

CDU und CSU wollen die europäische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik weiter verstärken, die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitern und die europäische Finanzverfassung mit dem Ziel reformieren, daß sich alle Mitgliedstaaten angemessen an der Finanzierung der EG beteiligen.

Das politische Europa muß nach föderalistischen Grundsätzen gebaut werden, die föderale Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland muß auch in einem geeinten Europa erhalten bleiben. Neue Gemeinschaftskompetenzen müssen dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung tragen. Die den deutschen Ländern bei der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen der EG zufallende Verantwortung muß gewahrt bleiben. CDU und CSU wollen ein bürgernahes Europa.

CDU und CSU werden auch künftig dafür sorgen, daß es den Mitgliedsstaaten und den deutschen Länder weiterhin möglich sein wird, regionalen Unterschiedlichkeiten aus eigener Verantwortung Rechnung zu tragen.

Deshalb muß die Position der Länder der Bundesrepublik Deutschland bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen verbessert werden. Die

Beteiligung der deutschen Länder an Entscheidungen der EG, die die Kompetenzen der Länder betreffen, muß durchgesetzt und institutionell abgesichert werden. Auf die Europäische Gemeinschaft dürfen Kompetenzen, die die verfassungsmäßigen Rechte der Länder berühren, nur übertragen werden, wenn der Bundesrat zustimmt. Das Grundgesetz soll entsprechend geändert werden.

Ferner werden CDU und CSU darauf hinwirken, daß weder die Zuständigkeit der deutschen Länder für das Rundfunkwesen und die Bildungspolitik noch die Autonomie der Hochschulen durch Maßnahmen der EG eingeschränkt werden.

Neue Gemeinschaftskompetenzen und -regelungen in der Forschungs- und Umweltpolitik dürfen nicht dazu benutzt werden, nationale Anstrengungen durch europäische Institutionen und Finanzierungsinstrumente abzulösen. Gerade hier muß das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt werden.

Mehr Freizügigkeit in Europa

Trotz aller Fortschritte sind die Grenzen innerhalb der EG immer noch ein Hindernis für den freien Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen. Diese Behinderungen müssen abgebaut werden, weil wir bis 1992 den europäischen Binnenmarkt vollenden wollen, der 320 Millionen Menschen umfaßt. Unser Ziel ist es, die bereits im EWG-Vertrag von 1957 verankerten vier Grundfreiheiten des freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu verwirklichen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze.

Europa hat gute Zukunftsaussichten, wenn die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zur bestimmenden ordnungspolitischen Grundlage europäischer Politik werden. Fortschritte zu mehr Gemeinsamkeit in der Wirtschaftspolitik müssen Fortschritte in der Währungspolitik zur Folge haben. Durch eine zunehmende Übereinstimmung in der Wirtschafts-, Finanz-, Währungs-

und Stabilitäts- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten werden die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung, stabile Preise und mehr soziale Sicherheit in den europäischen Ländern verbessert. Diese Zusammenarbeit muß unter Beteiligung der Institutionen der EG verstärkt und immer mehr grenzüberschreitend wirksam werden.

Wir brauchen ein Europa der Bürger nicht der Bürokraten, ein Europa ohne Grenzpfähle und Schranken. Wichtige Fortschritte bei der Erleichterung des Grenzübergangs haben wir bereits erreicht. Die Bürger müssen die Vorteile Europas täglich erfahren.

Deshalb wollen wir:

- den weiteren Abbau der Grenzkontrollen;
- den europäischen Führerschein und die Abschaffung der Autobahngebühren;
- die Verstärkung des internationalen Austausches von Schülern, Studenten und Auszubildenden;
- die Anerkennung europäischer Bildungsabschlüsse und Berufsbildungswege ohne Verlust des deutschen Leistungsniveaus;
- die Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit und die Stärkung des europäischen Währungssystems;
- die Vereinheitlichung der europäischen Industrienormen;
- die engere Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit und bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Europäischer Umweltschutz

Umweltverschmutzung macht nicht an den Grenzen halt. Deshalb ist Umweltschutz eine europäische Aufgabe. Mit der Entscheidung, ab 1986 bleifreies Benzin einzuführen und die Grenzwerte für Schadstoffe in den Autoabgasen erheblich zu verringern, hat die Bundesrepublik Deutschland die Führung in

der europäischen Umweltpolitik übernommen. Die Unionsparteien werden hier auch künftig Vorreiter sein.

Die Bekämpfung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung bleiben für die CDU und CSU eine vorrangige Aufgabe ihrer Europapolitik. Eine gemeinsame Umweltpolitik darf nicht zu einer Verschlechterung, sondern muß zu einer Verbesserung der Umweltqualität führen, weshalb die jeweils strengeren Umweltvorschriften allgemeine Norm werden müssen.

Europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft

Die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft ist Voraussetzung für die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, für die Vollendung des Binnenmarktes und die Weiterentwicklung der politischen Union. CDU und CSU befürworten die Erleichterung des Austausches von Forschungsergebnissen und die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung sowie den Aufbau eines europäischen Informations- und Daten-netzes, das den Zugriff für die Forschung jederzeit und an jedem Ort in der EG garantiert.

Für die gemeinschaftliche Forschung kommen vor allem Ziele und Projekte in Betracht, die in nationalem Alleingang nicht erreicht werden können, die die finanziellen Möglichkeiten eines einzelnen Landes übersteigen oder - wie im Bereich des Umweltschutzes - grenzüberschreitendes Handeln erfordern.

Die gemeinsame europäische Entwicklung ziviler Hochtechnologieprojekte im Rahmen von Eureka ist ein Fortschritt. Durch Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung kann Europa wissenschaftliche Spitzenleistungen erbringen und konkurrenzfähige Produkte - wie z.B. die Trägerrakete "Ariane" und das Passagierflugzeug "Airbus" - auf dem Weltmarkt anbieten. Dies gilt auch für die Weltraumtechnik.

CDU und CSU halten es für notwendig, durch eine Kooperation der nationalen Fernsehanbieter ein europäisches Fernsehprogramm zu schaffen. Da grenzüberschreitende Fernsehsendungen immer selbstverständlicher werden, ist die Erarbeitung einer europäischen Fernsehrahmenordnung, die u.a. Fragen der Werbung, des Jugendschutzes und der Autorenrechte regelt, erforderlich.

7. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut und Hunger und sind faire Partner der Dritten Welt

Die Erde wächst zusammen im Bewußtsein der Menschen und in der Politik der Staaten. Deshalb sind wir aufgerufen, mit-zuhelfen im Kampf gegen Armut und Hunger. Entwicklungspolitik soll keine neuen Abhängigkeiten schaffen. Deshalb gilt für uns der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Entwicklungshilfe muß den Menschen zugute kommen. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft gilt auch für den Bereich der Entwicklungspolitik, weil nur so die kostengünstige Produktion von Gütern und Dienstleistungen erhöht und leistungsfähige Systeme sozialer Sicherheit geschaffen werden können.

Die Solidarität mit den Armen der Dritten Welt ist nicht allein Aufgabe des Staates. Wir begrüßen und unterstützen daher die großen Leistungen der Kirchen und privater Träger in der Entwicklungspolitik. Private Unternehmen müssen die staatliche Entwicklungshilfe ergänzen. Gerade durch die Einbeziehung der privaten Wirtschaft besteht eine Chance, neue Akzente in der Entwicklungszusammenarbeit zu setzen. Besonders für junge Menschen sehen wir in der tätigen Hilfe für die Dritte Welt eine sinnvolle und verpflichtende Aufgabe.

Wir unterstützen mit unserer Entwicklungshilfe den Kampf gegen Armut und Hunger in der Welt und tragen zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Stabilität bei. Dritte-Welt-Politik dient dem Frieden durch gerechten Interessenausgleich zwischen Nord und Süd. CDU und CSU achten dabei das Recht der Staaten der Dritten Welt auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Aus diesem Grunde müssen wir auf die Herausforderung der sowjetischen Politik in der Dritten Welt reagieren, die Unruhen und politische Instabilität herbeiführt, fördert und dazu benutzt, den eigenen Einfluß auszuweiten. Die imperialistische und neokolonialistische Politik der Sowjetunion ist sowohl gegen die Interessen der Entwicklungsländer als auch gegen die des Westens gerichtet.

Die Beachtung der Menschenrechte ist Grundbedingung jeder menschenwürdigen Ordnung. Wir treten daher für Menschenrechte überall in der Welt ein. CDU und CSU unterstützen insbesondere diejenigen Gruppen und Regierungen der Dritten Welt, die sich zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet haben.

Nur auf dem Weg der Evolution und nicht auf dem Weg der Revolution und der Gewalt lassen sich auch die drängenden Fragen der Republik Südafrika lösen. Wir lehnen weißen Rassismus ebenso ab wie schwarzen Rassismus. Darum sind wir entschiedene Befürworter des Abbaus der Apartheid. Dabei gilt es jedoch klar zu trennen zwischen der gesellschaftlichen und der politischen Apartheid.

Beim Abbau der gesellschaftlichen Apartheid sind entscheidende Fortschritte erzielt worden. Ungleich schwieriger ist die Überwindung der politischen Apartheid. Für die Republik Südafrika gilt, daß eine von außen aufgezwungene Formalgleichheit entsprechend der Maximalforderung "ein Mann - eine Stimme" weder der Gerechtigkeit noch der Freiheit dient, sondern dem Chaos den Weg bahnt und so die mühsam von allen Bevölkerungsgruppen, auch den Schwarzen, erworbenen zivilisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften in kurzer Zeit zerstören würde. Damit würde die Gefahr eines Blutbades heraufbeschworen, wie es der afrikanische Kontinent noch nie erlebt hat. Deshalb warnen wir vor schönklingenden aber tödlich wirkenden naiven Fehleinschätzungen. Auch in Südafrika begänne der Kampf der Stämme gegeneinander.

Darum sehen wir unsere Aufgabe darin, Helfer beim Ringen um Frieden und Ausgleich zu sein, statt Handlanger revolutionärer Strategien, deren Verantwortungslosigkeit sich hinter wohlklingenden Begriffen verbirgt, bei näherem Zusehen und sorgfältiger Analyse aber eindeutig die Handschrift Moskaus erkennen lassen.

Wir wollen allen Menschen in den Ländern der Dritten Welt helfen, eine menschenwürdige Existenz in einer von ihnen selbst gewählten, ihren kulturellen Traditionen gemäßen wirtschaftli-

chen und politischen Ordnung zu finden. Darin liegt auch eine besondere Aufgabe und Verpflichtung der Europäischen Gemeinschaft.

Die Verschuldung der Länder der Dritten Welt ist ein zentrales Problem der Entwicklungspolitik. Wir wollen daher die wichtigsten internationalen Organisationen der Entwicklungspolitik, wie zum Beispiel die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken durch eine weitere Kapitalzuführung stärken. Wir befürworten die Programme, die den ärmsten Ländern durch zinslose und besonders zinsgünstige Kredite helfen.

Unsere Entwicklungspolitik berücksichtigt auch die legitimen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklungshilfe, die unser Land leistet, hat auch positive Auswirkungen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden dafür sorgen, daß deutsche Entwicklungshilfe nicht die Feinde der Freiheit stützt oder deutschen Interessen zuwiderläuft.

8. Wir sichern den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, erhalten die innere Sicherheit und gewährleisten den inneren Frieden

Den demokratischen Rechtsstaat zu bewahren und zu stärken ist für CDU und CSU Ziel und Maßstab aller Rechts- und Innenpolitik. Der demokratische Rechtsstaat ist höchstes Gemeinschaftsgut. Nur im demokratischen Rechtsstaat können wir solidarisch handeln, um Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. Die repräsentative parlamentarische Demokratie ist ohne funktionierenden Rechtsstaat nicht möglich.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst und ein funktionsfähiges Berufsbeamtentum sind für unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat unverzichtbar. Deshalb halten CDU und CSU an der verfassungsrechtlichen Garantie des Berufsbeamtentums durch Art. 33 GG fest.

Zum Selbstverständnis und zur Funktionsfähigkeit des Rechts-

staates gehört auch, daß der Staat sich auf die Loyalität seiner Beamten verlassen kann. Verfassungsfeinde haben deshalb im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. CDU und CSU erteilen deshalb allen Kräften eine Absage, die die repräsentative parlamentarische Demokratie durch sogenannte basisdemokratische Bewegungen verdrängen wollen.

Unser Staat ist die Gemeinschaft freier und füreinander verantwortlicher Bürger. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden und keine soziale Gerechtigkeit, deren Sicherung zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört. Der Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt und Gesetzesbrecher nicht zur Verantwortung zieht, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

Die innere Sicherheit wird derzeit in erster Linie gefährdet durch die erschreckende Zunahme terroristischer Gewaltverbrechen und durch den Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit durch militante Gewalttäter zum Kampf gegen den Staat und seine Institutionen. CDU und CSU werden alle Anstrengungen unternehmen, um dieser gefährlichen Entwicklung mit Nachdruck entgegenzutreten. Der Staat darf nicht vor kriminellen Gewalttätern zurückweichen. Er hat die Aufgabe, Recht und Sicherheit aller Bürger zu schützen. Zur wirksamen Bekämpfung dieser politisch motivierten Gewaltkriminalität müssen alle bestehenden Möglichkeiten, insbesondere auch die der internationalen Zusammenarbeit, intensiv genutzt werden.

Darüber hinaus ist jedoch auch die Schaffung verbesserter Rechtsgrundlagen dringend erforderlich. Das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht muß gegen Mißbrauch geschützt werden.

CDU und CSU wollen deshalb, daß

- jeder bestraft wird, der sich bei gewalttätigen Ausschreitungen nach Aufforderung durch die Polizei nicht entfernt,
- jeder bestraft wird, der verumumt oder mit Schutzwaffen ausgerüstet Menschenansammlungen aufsucht,
- jeder bestraft wird, der zu Gewalttätigkeiten oder zur Verletzung der Gesetze auffordert,
- jeder des Landfriedensbruchs Beschuldigte in Untersuchungshaft zu nehmen ist, solange Wiederholungsgefahr besteht.

Die Behörden der inneren Sicherheit müssen die Rechtsgrundlagen erhalten, die ihre Arbeit gewährleisten und nicht blockieren. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz muß so geregelt werden, wie es die innere Sicherheit erfordert.

Verbrechensbekämpfung und Datenschutz schließen sich nicht aus, beide sichern die Freiheit der Bürger. Aber Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Der Jugendschutz darf keine erkennbaren Umgehungsmöglichkeiten aufweisen. Das Verbot, jugendgefährdende Kassetten zu verleihen, muß lückenlos sein.

Der Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen muß in der Gesetzgebung wieder den Stellenwert erhalten, der ihm bis 1969 zukam. Das Beschimpfen religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse ist deshalb unter Strafe zu stellen.

9. Wir verhindern den Mißbrauch des Asylrechts und fördern die Integration von Ausländern

Wir wollen den bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen eine angemessene Teilhabe an unserem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ermöglichen. Unsere Politik hat zu wichtigen Integrationsfortschritten beigetragen.

Voraussetzung für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik ist, daß die Zahl der Ausländer nicht weiter zunimmt. Unsere konsequente Politik der Zuzugsbegrenzung und die Förderung der freiwilligen Rückkehr haben wesentlich zu einem Rückgang der Ausländer beigetragen. Wir werden die Hilfen zur Wiedereingliederung von Ausländern in die Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Heimat weiterführen.

Wir halten an der Politik der Zuzugsbegrenzung fest. Eine Lockerung des Anwerbestopps und eine Erleichterung des Familiennachzugs lehnen wir ab. Eine zusätzliche Belastung unseres Arbeitsmarktes als Folge der Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei lehnen wir ab.

Wir werden die Angebote zur Integration für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, die auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen, fortführen. Entschieden wenden wir uns gegen ausländerfeindliche und ausländerdiskriminierende Haltungen und Praktiken.

Für die CSU ist der Grundsatz unantastbar, daß der wegen seines Individualschicksals politisch Verfolgte in Deutschland Asyl erhalten soll. Um unsere Aufnahmemöglichkeiten auch für die Zukunft zu sichern, muß jedoch der Mißbrauch der Asylgewährung verhindert werden. Die CSU will deshalb den Artikel 16 des Grundgesetzes so umgestalten, daß wirklich politisch Verfolgte rasch Asyl erhalten, daß aber Bundestag und Bundesregierung den notwendigen Handlungsspielraum erhalten, um die Probleme des Asylbewer-

berzuströms dauerhaft zu lösen. Im Interesse des wirklich politisch Verfolgten, wie im deutschen Interesse werden wir das Anerkennungsverfahren so gestalten, daß es im Normalfall innerhalb eines Jahres abgeschlossen ist. Bei der Lösung des Asylproblems orientieren sich die CSU an der Rechtslage und Praxis der demokratischen Staaten der freien Welt.

Wir gestalten einen modernen, leistungsfähigen und humanen Industriestaat

10. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sichern wir den Wirtschaftsaufschwung

Der wirtschaftliche Aufschwung wäre ohne den Fleiß und die gemeinsame Anstrengung aller Bürgerinnen und Bürger nicht möglich gewesen.

Mit unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik haben wir die Leistungsfähigkeit aller Bürger wieder gestärkt und die soziale Sicherung verbessert. Wir haben die Inflation, diesen lautlosen Diebstahl an den Einkommen und dem Geldvermögen unserer Bürger überwunden. Zum ersten Mal seit 16 Jahren steht die Bundesrepublik Deutschland wieder weltweit an der Spitze der Geldwertstabilität. 1986 werden wir eine Preissteigerungsrate von fast Null haben. Das ist die niedrigste Preissteigerungsrate seit 32 Jahren.

Die staatlichen Finanzen kommen wieder in Ordnung. Die Neuverschuldung des Staates geht zurück. Die Zinsen sinken. Das Vertrauen des Auslandes in die Leistungskraft unseres Landes steigt. Der Wert der Deutschen Mark nimmt wieder zu. Das sind vor allem Wirkungen unserer Finanzpolitik, die gleichzeitig eine Steuersenkung in Höhe von 20 Milliarden Mark in zwei Abschnitten ermöglicht hat. Heute haben die Bürger seit Jahren zum ersten Mal nicht weniger, sondern mehr in der Tasche und können mit ihrem Geld wieder mehr kaufen als in den Jahren zuvor.

Die privaten Investitionen steigen mit hohen Zuwachsraten.

Die öffentlichen Investitionen nehmen wieder zu. Unser Land gewinnt in Wissenschaft, Forschung und Technik erneut eine internationale Spitzenstellung. Nie zuvor waren die Export-erfolge der deutschen Wirtschaft so groß. Das Ausland spricht von einem "zweiten deutschen Wirtschaftswunder", von einem "Modell Deutschland".

Nicht alle Probleme sind gelöst, aber die Trendwende ist erreicht: steigende Investitionen, sinkende Arbeitslosen-zahlen, mehr Arbeitsplätze, steigende Realeinkommen, stabile Preise, niedrige Zinsen, Begrenzung der staatlichen Aus-gaben und Schulden, weniger Steuern.

Wir wollen wirtschaftlichen Aufschwung auf Dauer. Deshalb bleiben stabiler Geldwert, niedrige Zinsen und steigende private wie öffentliche Investitionen für zukunftssichere Dauerarbeitsplätze vorrangige Ziele unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wir werden die gefährlich überhöhte Steuer- und Abgabenquote zurückführen. Die Stabilisierung und Senkung der Lohnneben-kosten ist deshalb ebenso wichtig wie die weitere Senkung der Steuern. Durch eine niedrigere Steuer- und Abgabenlast ge-winnen wir den Spielraum für die bessere Anerkennung beruf-licher Leistung und privater Initiative in Wirtschaft und Gesellschaft, für anhaltend hohe Investitionen in unserer Volkswirtschaft. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Eindämmung der Schwarzarbeit. Nur so können wir angesichts eines härteren internationalen Wettbewerbs die Modernisierung unserer Volkswirtschaft erfolgreich fortführen und schritt-weise wieder einen hohen Beschäftigungsstand erreichen. Dies erfordert weiterhin zurückhaltende Ausgabengestaltung in den öffentlichen Haushalten und Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge.

Wir wollen entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungs-gerichts vom 24. Juni 1986 dem bundesstaatlichen Finanzaus-gleich wieder eine stabile Grundlage gegeben; dies kann nur durch einen gerechten Interessenausgleich gelingen, der den

Notwendigkeiten der Flächen- wie der Stadtstaaten ausgewogen Rechnung trägt.

Das Prinzip der Subsidiarität muß auch im Verhältnis von Bund und Ländern gelten. Wir treten deshalb weiterhin für eine Entflechtung entbehrlich gewordener Mischfinanzierungen bei angemessenem finanziellen Ausgleich ein.

11. Wir schaffen neue Arbeitsplätze und gestalten das Arbeitsleben flexibel, familienfreundlich und beschäftigungswirksam

1984 hat erstmals seit vielen Jahren die Zahl der Beschäftigten wieder zugenommen. Ende 1986 werden rund eine halbe Million mehr Menschen Arbeit haben. Wir haben den Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gebracht. Die Kurzarbeit in Millionenhöhe ist praktisch verschwunden.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit bleibt auch in den kommenden Jahren eine große Herausforderung. Dieses Ziel ist nur durch eine konsequente Fortsetzung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik zu erreichen. Wir lehnen daher kredit- oder abgabenfinanzierte sogenannte Beschäftigungsprogramme mit Strohfeuereffekt ab. Dieser Weg der SPD führt - wie die Erfahrung lehrt - nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen und zu mehr Schulden.

Grundlage unserer Politik für mehr Beschäftigung ist die Soziale Marktwirtschaft. Neben mehr Investitionen, wirtschaftlichem Wachstum und der Anwendung moderner Technologien ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik wichtig.

Keine Bundesregierung hat je zuvor auf diesem Gebiet mehr geleistet: Vorruhestand, Rückkehrförderung für ausländische Arbeitnehmer, eine erhebliche Steigerung der Maßnahmen zur beruflichen Bildung und zur Arbeitsbeschaffung sowie Beschäftigungsförderungsgesetz sind wichtige Beispiele. Daneben haben wir die Situation von längerfristigen Arbeitslosen verbessert.

Berufliche Bildung und Weiterbildung sind die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeitnehmer den neuen Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht werden. Wir wollen ältere und längerfristig Arbeitslose verstärkt in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen einbeziehen, um ihnen dadurch bessere Chancen zur Wiedereingliederung in den Erwerbsprozeß zu geben und den Facharbeitermangel zu beseitigen. Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft können nicht auf die wertvolle berufliche und menschliche Erfahrung älterer Arbeitnehmer verzichten.

Für das von der Bundesregierung begonnene Qualifizierungsprogramm brauchen wir die Bereitschaft der Betroffenen und die Mitarbeit der Unternehmen, Betriebsräte und Tarifpartner. Dabei werden wir die besonderen Bedürfnisse von Klein- und Mittelbetrieben, von Handwerk und Handel berücksichtigen.

Um den Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem zu erleichtern, müssen wir jungen Menschen, insbesondere auch arbeitslosen Akademikern, in engem Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat Angebote zur Weiterqualifizierung und Umschulung machen. Die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen wollen wir auch künftig fördern.

Immer mehr Menschen wollen Lebens- und Arbeitsrhythmus, Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Viele Menschen wollen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Der technische und kulturelle Fortschritt gibt uns zum ersten Mal seit Beginn der Industrialisierung die Möglichkeit, den Übergang zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit flexibler und individueller zu gestalten. Dies kommt den Bedürfnissen vieler Arbeitnehmer entgegen, hat wirtschaftliche Vorteile für die Betriebe und erleichtert es, Überstunden zu vermeiden, so daß zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden können.

Wir haben gesetzliche Hindernisse für mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze beseitigt: Teilzeitarbeit wurde arbeitsrechtlich gesichert und gleichzeitig erleichtert; ebenso der Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen für Arbeitslose; überholte ausbildungshemmende Vorschriften haben wir aufgehoben. Die Tarifpartner sind aufgefordert, die bestehenden Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeit zu nutzen. Flexibilisierung darf nicht zum Verlust von sozialem Schutz führen.

Wir werden dafür sorgen, daß das Arbeitsrecht mehr Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse der Frauen mit Kindern nimmt.

12. Wir verringern die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem

Für die Mehrzahl der Bürger ist das Steuersystem so kompliziert, daß es nicht mehr überschaubar ist. Als Folge der sozialistischen Wirtschafts- und Steuerpolitik in den 70er Jahren ist die Mehrzahl der Berufstätigen in den Bereich der scharf ansteigenden progressiven Besteuerung geraten, die gerade für die unteren und mittleren Einkommensgruppen ursprünglich nicht vorgesehen war. Berufliche Leistung und unternehmerisches Risiko werden dadurch nicht mehr ausreichend belohnt, sondern steuerlich bestraft.

Mit der verabschiedeten Steuerreform, deren erste Stufe 1986

bereits realisiert worden ist und deren zweite 1988 in Kraft treten wird, haben CDU und CSU einen wichtigen Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit und geringerer Steuerbelastung für alle gemacht. Eine grundlegende Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode wird folgen:

- Wir werden ein einfacheres Steuersystem mit geringeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen und Begünstigungen verwirklichen.
- Wir werden einen durchgehenden linear-progressiven Einkommensteuertarif einführen, um die unerträglich hohe Grenzbelastung für die große Mehrzahl der arbeitenden Menschen zu verringern. Zugunsten der kleinen Einkommen, insbesondere in der unteren Proportionalzone, muß vor allem der Grundfreibetrag erhöht werden.
- Wir werden die Kinderfreibeträge weiter anheben, um der erheblichen Mehrbelastung der Familien gerecht zu werden. Entsprechend wird der Kindergeldzuschlag angehoben. Eltern mit Kindern sollen erheblich weniger Steuern zahlen.
- Wir werden die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung der Unternehmen weiter verringern. Der linear-progressive Tarif führt auch zu einer nachhaltigen Entlastung für den Mittelstand. Die Eigenkapitalkraft der Unternehmen soll gestärkt werden insbesondere durch die Senkung der Steuersätze bei der Einkommensteuer sowie bei der Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne, wobei vor allem die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetriebe berücksichtigt werden muß. Die CSU will im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen und der Handwerksbetriebe eine steuerstundende Investitionsrücklage einführen, um durch diese Weiterentwicklung des Abschreibungssystems dem unregelmäßigen Investitionsrhythmus der mittelständischen Unternehmen Rechnung zu tragen. Auch im Interesse von mehr Arbeitsplätzen muß es attraktiver werden, Kapital im eigenen oder in ein anderes Unternehmen zu investieren, als in risikolose Geld-

anlagen auszuweichen. Die direkten Steuern auf Arbeit und unternehmerische Tätigkeit sollen zurückgeführt werden.

Ein weiteres Ziel ist der Abbau der ertragsunabhängigen Bestandteile der Gewerbesteuer, wobei die Finanzkraft der Gemeinden gewährleistet bleiben muß. Eine Wertschöpfungssteuer oder die von der SPD geforderte Verschärfung der Gewerbesteuer lehnen wir ab.

Zur Finanzierung der Steuerentlastungen setzen wir auf die Fortsetzung unserer Politik der Haushaltskonsolidierung und auf Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei den Staatsausgaben.

Die Erbschaftsteuer, die nicht selten enteignungsähnlichen Charakter hat, soll durchforstet werden mit dem Ziel, sie insbesondere für die mittelständischen Familienunternehmen tragbarer zu gestalten.

13. Wir stellen den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Industrieland, dessen Weltgeltung vom Export abhängt. Wirtschaftskraft, Wohlstand und soziale Sicherheit hängen davon ab, ob die Bundesrepublik Deutschland auch in der Zukunft technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt in Konkurrenz vor allem zu den USA und Japan absetzt. Wer den technischen Fortschritt ablehnt, vernichtet bestehende Arbeitsplätze und kann keine neuen schaffen.

Moderne Technologien ermöglichen wirksamen Umweltschutz, sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen, humane Arbeitsbedingungen und neuartige Hilfen für Behinderte und ältere Menschen.

Mit der Förderung von Forschung und Technik hat die Bundesregierung die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig gestärkt.

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Nachdem die schlimmsten Auswirkungen der technikfeindlichen Politik der SPD in den 70er Jahren, die der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf wichtigen Wachstumsmärkten schweren Schaden zugefügt hat, beseitigt sind, gilt es nun, in großem Umfang Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und durchzuführen. Daher werden wir die Grundlagenforschung und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter ausbauen und die Vorsorgeforschung intensivieren.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen für betriebliche Innovationen und Investitionen müssen im Rahmen einer grundlegenden Steuerreform weiter verbessert werden.

Moderne Infrastrukturen - leistungsfähige Forschungseinrichtungen, praxisnahe Beratungs- und Technologietransfersysteme, moderne Informations- und Kommunikationsnetze - müssen ausgebaut werden; auf strukturschwache Regionen ist hierbei besondere Rücksicht zu nehmen.

Ethische Herausforderung

Der technische Fortschritt ist für uns nicht nur eine politische und wirtschaftliche, sondern auch eine ethische Herausforderung. Es gilt, eine Ethik der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation zu begründen, die glaubwürdige und konsensfähige Maßstäbe für unser Handeln und Entscheiden liefert.

In der Vergangenheit wurden die Lebensbedingungen der Menschen durch Wissenschaft und Technik wesentlich verbessert. Zu ihrer Weiterentwicklung gibt es keine Alternative. Sie gehört heute zu den unerläßlichen Voraussetzungen, die das Überleben der Menschheit ermöglichen.